

Schweizer Tierschützer radikalisieren sich

In der Schweiz häufen sich Aktionen von radikalen Tierschützern. In einem Fall soll ein 61-Jähriger mehrfach Viehtransporter auf der Autobahn ausgebremst haben.

Lukas Häuptli

Zu den riskanten Manövern kam es auf der A1, meistens zwischen Baden und Aarau Ost. Plötzlich tauchte auf der Überholspur ein Auto auf, fuhr knapp vor den Viehtransporter auf die rechte Fahrbahn und bremste abrupt ab. Der Lastwagen musste entweder ebenfalls heftig bremsen oder auf den Pannestreifen ausweichen – nur so liess sich ein Unfall verhindern. «Im letzten Jahr kam es zu 15 solchen Vorfällen», sagt Peter Bosshard vom Schweizerischen Viehhändlerverband.

Inzwischen scheinen die Behörden den Täter hinter den Aktionen ermittelt zu haben: «Die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau führt gegen einen 61-jährigen Schweizer ein Strafverfahren», sagt eine Sprecherin. «Die mutmassliche Täterschaft ist tierschützerisch aktiv.»

Der Fall mag in seiner Art ein Einzelfall sein, aber er steht für eine Entwicklung: Die Aktivisten unter den Schweizer Tierschützern radikalisieren sich. Sie brechen in Ställe ein, beschädigen Fahrzeuge, besprayen Liegen-schaften und schreiben Drohbrie-fe an Vertreter von Fleischprodu-

zenten und Fleischverbänden. «Die Aktivitäten von radikalen und militanten Tierschützern haben in letzter Zeit deutlich zuge-nommen», sagt Fritz Rothen von IP Suisse, dem Verband der integri-ert produzierenden Bauern in der Schweiz. So sind Unbekannte im vergangenen Jahr in mindes-tens ein halbes Dutzend Schweine- und Geflügelställe von IP-Bauern eingebrochen, um Tiere zu filmen.

Die Filmaufnahmen wurden später auf den Websites der Genfer Vereinigung Pour L'Egalité Animale und des Berner Vereins Tier im Fokus aufgeschaltet. Die Organisationen erklären, sie hät-ten mit den Einbrüchen nichts zu tun. Die Aufnahmen seien ihnen anonym zugespielt worden.

Beide Vereinigungen bezeich-nen sich nicht als Tierschutz-organisation, sondern als Tier-rechtsorganisation. Das ist ty-pisch für die Bewegung der so-genannten Anti-Speziesisten, die regen Zulauf haben. Sie verfolgen das Ziel, auch Tieren zum Recht auf Leben und auf Unversehrtheit zu verhelfen. Viele ihrer Vertreter lehnen den Konsum von Fleisch grundsätzlich ab. «Der Nutzungs-an-spruch des Menschen am Tier kann moralisch nicht gerecht-fertigt werden, sofern Alternati-ven verfügbar sind», sagt der Präsident von Tier im Fokus, Tobias Sennhauser.

Seite 11



Willkommen im Internet

Genau 15 Jahre nachdem die erste Ausgabe der «NZZ am Sonntag» erschienen ist, haben wir am Freitag die neue Website NZZaS.ch aufgeschaltet. Dort lassen sich unsere Beiträge auch von

unterwegs auf Mobilgeräten anschauen. Zum Jubiläum bringen wir unter anderem eine Blatt-kritik von Fabian Unteregger und das erste von acht grossen Interviews. Seite 2, 17, 22-29

Politiker planen doch höheres Rentenalter

Politiker der Mitte-Parteien, die für die AHV-Vorlage stimmten, wollen nun rasch die nächste Reform aufgleisen.

Daniel Friedli

Kaum hat die grosse Renten-reform das Parlament passiert, denken namhafte Politiker aus CVP, BDP und von den Grünlibe-ralen bereits an die nächsten Schritte. Man solle nun rasch eine weitere Reform vorbereiten und dabei auch die heikle Frage des höheren Rentenalters anpacken, sagen sie. «Wir müssen die Alters-vorsorge nachhaltig an die demo-grafischen Realitäten anpassen», erklärt CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. «Darum wird eine Erhö-hung des Rentenalters zwingend zum Thema.» BDP-Vizepräsident Lorenz Hess fügt an: «Hier wird es

Anpassungen brauchen.» Die De-batte kommt auch schon bald wie-der ins Parlament: Hängig ist ein Vorstoss von CVP-Ständerat Peter Hegglin, der das Rentenalter an die Lebenserwartung anbinden will. Je länger die Menschen le-ben, desto länger sollen sie auch arbeiten. «Wir müssen uns mit diesem Thema wieder auseinan-dersetzen», sagt Hegglin.

Damit gehen in dieser Frage nun jene Kräfte voran, die eben noch mit der Linken eine Reform verabschiedet haben, die auf hö-here AHV-Renten setzt statt auf ein höheres Rentenalter. Dement-sprechend schlecht kommen die Pläne bei SP-Ständerat und Ge-werkschafter Paul Rechsteiner an. «Das ist Blödsinn», sagt er.

Seite 10
Kommentar Seite 19

Das Eigenheim wird zum Luxus

Die Wohnfläche, die sich ein Haushalt im Schnitt leisten kann, ist seit dem Jahr 2000 um 40 Prozent gesunken.

Albert Steck

Wer Wohneigentum erwerben will, muss seine Ansprüche immer mehr zurückschrauben. Ein Paarhaushalt mit durchschnittlichem Einkommen kann sich heute eine Wohnfläche von 100 m² leisten. Im Jahr 2000 erreichte dieser Wert noch 161 m² - ein Mi-

nus von 38 Prozent. In der Region Zürich, wo die Immobilienpreise generell höher sind, sank die er-schwingliche Grösse seit 2000 um 44 Prozent von 133 auf 75 m².

Der Grund für diese Entwick-lung sind die gestiegenen Preise und vor allem die verschärften Anforderungen an das Einkom-men und das Kapital der Käufer. Die strengen Richtlinien bei der finanziellen Tragbarkeit führen zu einem Generationengraben auf dem Immobilienmarkt. Bei den jungen Familien geht die

Eigentumsquote deutlich zurück. Immobilienexperten fordern des-halb eine Flexibilisierung der Vorschriften.

Als landesweit erste Bank hat die Spar + Leihkasse Gürbetal eine «Einsteigerhypothek» mit einer tieferen Hürde eingeführt. Zwar hat die Finanzmarktaufsicht dagegen interveniert. Trotzdem hält die Gürbetaler Bank an ihrem Angebot fest.

Seite 31
Kommentar Seite 19

Dank dem Glauben aufs Podest

Sportstars wie der Fussballer Neymar oder die Snowboarderin Kelly Clarke hoffen bei Wett-kämpfen auf Gottes Hilfe. Der Glaube ist im Spitzensport weit verbreitet, doch der Religions-experte Hugo Stamm warnt: «Eine starke Konzentration auf den Glauben ist für Sportler unter dem Strich hinderlich.» (zsz)

Seite 50

Kultur

Ed Sheeran, Normalo unter Popstars **69**

Gesellschaft

Cousteaus Enkelin über ihre Forscherfamilie

Stil

Zürcher Ledermode für die Stars in Hollywood

Sport

Die lange Krankenakte des Xherdan Shaqiri **48**

Verurteilungen wegen Tierquälerei steigen stark

Tierschützer verlangen, dass für die schwersten Delikte die Strafen verschärft werden

Private melden Fachstellen immer mehr Verfehlungen von Tierhaltern. In St.Gallen hat die Staatsanwaltschaft eine Stelle für Tierschutzfälle eingerichtet.

Lukas Häuptli

Beim Schweizer Tierschutz klingelt es fast täglich. Es klingelt, weil jemand einen angeblichen oder tatsächlichen Verstoss gegen das Tierschutzgesetz meldet: Die Nachbarin pflege ihren Hund nicht. Der Bauer im Dorf gewähre seinen Kälbern keinen Auslauf. Eine entfernte Bekannte vernachlässige ihre Katzen.

Die Zahl der Meldungen ist in den letzten Jahren derart gestiegen, dass sich der Schweizer Tierschutz gezwungen sah, eine eigene Anlaufstelle einzurichten. «Diese ist zwischen Juli 2015 und Juni 2016 mehr als 200 Meldungen aus der Bevölkerung nachgegangen», sagt Helen Sandmeier, Sprecherin des Schweizer Tierschutzes. «Die hohe Zahl ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Sensibilität der Bevölkerung für das Tierwohl im Vergleich zu früher zugenommen hat.»

1000 Auskünfte jährlich

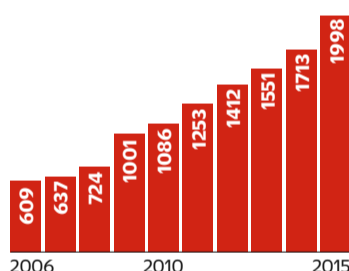
Noch häufiger klingelt es bei der Stiftung Tier im Recht. Mittlerweile holen bei ihr Private jedes Jahr rund 1000 Auskünfte zum Tierrecht ein. «Die Zahl dieser Auskünfte hat zugenommen», sagt Andreas Rüttimann, rechts-

wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung. Und: «Wenn es uns angebracht scheint, raten wir den Anrufenden, Strafanzeige einzureichen.»

Die steigende Sensibilität der Bevölkerung für Tierschutzfragen ist der Hauptgrund, weshalb sich die Zahl der Anzeigen, Strafverfahren und Verurteilungen in den letzten Jahren vervielfacht hat. So wurden 2006 in der Schweiz rund 600 Tierschutz-Strafverfahren geführt, 2015 waren es schon fast 2000 (vgl. Grafik). Ähnlich sieht es bei den Verurteilungen wegen Tierquälereien aus, eines der schwersten Verstösse gegen das Tierschutzgesetz. 2006 kam es hier zu rund 150 Verurteilungen, 2015 zu mehr als 400, wie aus einer Aufstellung des Bundesamts für Statistik hervorgeht. Die wachsende Zahl von Tierschutz-Verfahren hat auch

Stetige Zunahme

Zahl der Tierschutz-Verfahren in der Schweiz



Quelle: Stiftung für das Tier im Recht



«Wir glauben nicht an das Recht der Stärkeren»: Tierschutz- und Tierrechtsaktivisten bei einer Veranstaltung in Genf. (27. August 2016)

dazu geführt, dass einzelne Staatsanwaltschaften eigene Spezialisten dafür eingestellt haben. Bei der St.Galler Staatsanwaltschaft besteht gar eine Stelle für Tierschutzfälle.

Trotzdem fordern Tierschützer zusätzliche Massnahmen: «Wir sind der Meinung, dass namentlich bei Tierquälereien härtere Strafen verhängt werden müssen», sagt Andreas Rüttimann von der Stiftung Tier im Recht. «Dies gilt insbesondere für die Vernachlässigung von Tieren, die heute zu Unrecht viel milder bestraft wird als eine «spektakuläre» Tiermisshandlung.» So werde der Straffahnen, den das Gesetz für Tierquälereien vorsehe, zurzeit «nie auch nur annähernd» ausgereizt, erklärt Rüttimann. Das Gesetz sieht dafür unter anderem Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren vor.

Die steigende Sensibilisierung der Bevölkerung für Tierschutzfragen führt auch zu einem wachsenden Spendenfluss zuhanden von Stiftungen und Vereinigun-

gen. Bei der Organisation Vier Pfoten Schweiz zum Beispiel gingen 2013 Spenden von knapp 11 Millionen Franken ein, 2015 waren es mehr als 14 Millionen. Auch die Tierschutzorganisation Netap meldet, sie habe in den letzten Jahren stets «neue Spender» gewinnen können.

«Kritik an der Herrschaft»

Zulauf verzeichnen aber auch Vereinigungen, die sich nicht als Tierschutz-, sondern als Tierrechtsorganisationen verstehen und wesentlich radikalere Forderungen stellen. Zu diesen zählt der Berner Verein Tier im Fokus; viele seiner Anhänger sind sogenannte Anti-Speziesisten und Veganer. «Für uns ist klar, dass der Nutzungsanspruch des Menschen am Tier moralisch nicht gerechtfertigt werden kann, sofern Alternativen verfügbar sind», sagt Vereinspräsident Tobias Sennhauser. Insofern sei der Veganismus auch eine Kritik an der Herrschaft des Menschen

über andere empfindungsfähige Lebewesen auf dem Planeten. «Wir glauben nicht an das Recht des Stärkeren, wonach der Mensch alle anderen Tiere unterjochen darf.»

Ähnliche Haltungen vertreten Organisationen wie die Vereinigung Pour l'égalité animale aus Genf, die Fondation Mart aus Bex (VD) oder die Tierrechtsgruppe Zürich. Tier im Fokus und Pour l'égalité animale haben auf ihren Websites auch Videos und Fotos von Nutztieren in Ställen aufgeschaltet, die Tierschutz-Verstösse nahelegen. Die Aufnahmen haben Unbekannte gemacht, nachdem sie nachts in Ställe von Bauern des Verbands IP Suisse eingebrochen waren.

Die beiden Tierrechts-Vereinigungen bestreiten allerdings, etwas mit den Einbrüchen zu tun zu haben. «Wir wissen nicht, wer die Aufnahmen gemacht hat», sagt Sennhauser. Ähnlich tönt es bei Fabien Truffer von Pour l'égalité animale: «Die Aufnah-

men sind uns anonym zugespielt worden.» Seine Vereinigung hatte die betroffenen Bauern und die IP Suisse aufgrund der Aufnahmen auch angezeigt. Das entsprechende Verfahren wurde mittlerweile von der Berner Staatsanwaltschaft aber eingestellt.

In letzter Zeit haben sich in der Schweiz Aktionen von radikalen Tierschutzaktivisten gehäuft: Sie beschädigten Fahrzeuge, spraysen Liegenschaften voll und schrieben Drohbriefe an Vertreter von Fleischproduzenten und Fleischverbänden. In einem Fall hatte ein 61-jähriger Tierschützer auf der Autobahn sogar Viehtransporter ausgebremst; gegen ihn führt die Aargauer Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren.

Ruhiger geworden ist es dagegen um den Thurgauer «Verein gegen Tierfabriken» (VgT) von Erwin Kessler. Der VgT hat in den letzten Jahren immer wieder Missstände in der Tierhaltung angeprangert.

Muslime bekennen sich zum Rechtsstaat

Die Albaner bilden die grösste Gemeinschaft von Muslimen in der Schweiz. Mit einer Charta gehen ihre Vertreter nun auf Distanz zu Gewalt und Extremismus.

Stefan Bühler

Muslimische Schüler, die ihrer Lehrerin den Handschlag verweigern. Aufrufe zum Jihad in der An-Nur-Moschee in Winterthur. Die voll verschleierte Konvertitin Nora Illi als angebliche Sprecherin muslimischer Frauen in Talkshows. Und dubiose Geldgeber aus arabischen Ländern für islamische Vereine in der Schweiz: Es sind solche Skandale rund um eine Handvoll radikale Gruppierungen, die das öffentliche Bild der rund 350 000 in der Schweiz lebenden Muslime prägen.

Darauf reagiert nun die grösste muslimische Gemeinschaft in der Schweiz, jene der Albaner. Morgen Montag unterzeichnen die Vorsitzenden ihrer beiden Dachverbände eine Charta zum Verhältnis des Islams zum Staat: Der Berner Imam Mustafa Memeti als Präsident des Albanisch-Islamischen Verbands Schweiz und Nehat Ismaili, Präsident der Union der Albanischen Imame in

der Schweiz. Je nach Schätzung leben hierzulande 200 000 bis 300 000 Menschen albanischer Herkunft, unter ihnen zwar auch orthodoxe und katholische Christen, die Mehrheit sind jedoch Muslime. Sie stammen aus Albanien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien. In die Schweiz eingewandert sind sie im Verlauf der letzten 40 Jahre, viele sind inzwischen eingebürgert.

Memeti und Ismaili stehen gemeinsam für 80 bis 100 albanische Kulturvereine beziehungsweise Moscheen. Am Anlass im Haus der Religionen in Bern werden am Montag auch die Botschafter Albanien, Mazedoniens und Kosovos zugegen sein. Bund und Kantone werden durch den Delegierten des Sicherheitsverbands Schweiz, André Duvillard, offiziell vertreten. Die Charta soll in allen albanischen Moscheen verlesen werden – selbstverständlich können sich weitere Organisationen anschliessen.

In dem Papier halten die unterzeichnenden Verbände unter anderem fest, dass «keinerlei religiöse Gründe irgendwelcher Art geltend gemacht werden könnten, um das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, der verfassungsrechtlichen Ordnung und der



Muslime beim Gebet im Haus der Religionen in Bern.

Schweizer Gesetzgebung anzufechten, ihnen zu widersprechen oder sie infrage zu stellen». Aufrufe zu religiös motivierter Gewalt werden nicht toleriert: Jedes Mitglied und die Verantwortlichen der islamischen Gemeinschaft müssten sich von solchen Verhaltensweisen distanzieren und allenfalls die Behörden über

entsprechende Vorfälle informieren, heisst es in der Charta. Zudem verpflichten sich die Organisationen «zu vollständiger Transparenz in finanziellen Belangen». Dies betrifft vorab die Herkunft ihrer Gelder.

Initiiert hat die Erklärung der ehemalige Botschafter Kosovos in Bern Naim Malaj. Es bestehe ein

verbreitetes Misstrauen gegenüber Muslimen, «man vermischte Terrorismus und Islam», sagt er. Darunter litten auch viele albanische Muslime, die seit Jahren hier leben, Steuern zahlen, ihre Kinder aufziehen – das habe er als Botschafter festgestellt. Dabei könnten gerade die Albaner auf eine lange Geschichte des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Religionsgemeinschaften zurückblicken. So sei die Idee für die Charta entstanden.

Bloss: Wieso unterzeichnen die albanischen Vertreter eine Erklärung, deren Inhalt vorwiegend aus Selbstverständlichkeiten besteht? Warum müssen sie sich von Aufrufen zur Gewalt distanzieren? «Niemand hat uns gezwungen, diese Charta zu unterzeichnen», sagt Imam Memeti dazu. Er stelle aber in der Bevölkerung eine gewisse Stigmatisierung fest. «Wir müssen oft erklären, was in unseren Moscheen vor sich geht.» Nun könnten die albanischen Vereine auf die Charta verweisen: «Unsere Haltung zum Verhältnis von Staat und Religion ist geklärt.» Die breit abgestützte Erklärung erschwere es überdies kleineren, radikalen Organisationen, die öffentliche Debatte über den Islam zu dominieren, obwohl

sie für die Mehrheit der Muslime überhaupt nicht repräsentativ seien, sagt Memeti.

Der Präsident der Vereinigung der albanischen Imame, Ismaili, gibt zu Protokoll, seine Organisation teile die Werte der Charta seit langem: «Sie machen die Basis eines gemeinsamen friedlichen Lebens in der Schweiz aus. Sie dürfen keinesfalls infrage gestellt werden.»

Der Delegierte des Sicherheitsverbands Schweiz, André Duvillard, begrüsst die Charta, insbesondere weil sie in «Eigeninitiative, ohne behördlichen Druck entstanden ist». Damit schaffe die albanische Gemeinschaft mehr Transparenz in der Öffentlichkeit, zugleich sei es ein wertvoller Beitrag gegen die Radikalisierung und den Extremismus innerhalb der muslimischen Bevölkerung. Deshalb werde er bei der Unterzeichnung präsent sein.

Duvillard kommt die Erklärung auch gelegen, weil er zurzeit im Auftrag von Bund und Kantonen einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus ausarbeitet. Dieser soll im Spätsommer vorgestellt werden. Elemente wie nun diese Charta seien diesbezüglich wertvolle Beiträge, sagt er.